

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Kröhler, Dresden.

Sezungspreis einschließlich Fringerlohn monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 130.— M., Einzelnummer 5.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gestaltete Nonpareilzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 3 gestaltete Nonpareilzeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 205

Dresden, Sonnabend den 2. September 1922

33. Jahrg.

Kommunistische Helfer der Reaktion

Die sächsische Reaktion jubelt. Was ihr aus eigener Kraft bisher nicht gelungen ist, mit Hilfe der neuen Koalition von Dr. Beutler bis zum Kommunisten Sievert ist es möglich geworden: die Gemeindeform wird nicht Gesetz, das Gesetz für die Beamten zum Schutze der Republik verschwindet, das Arbeitnehmerkammergesetz bleibt unerledigt, und in einer Zeit ungeheurer Teuerung und Verwilderung wird das Parlament verhindert, notwendige Gegenmaßnahmen zu treffen. Wahrlich! Ein glänzender Erfolg kommunistischer Taktik. Noch niemals ist wohl die schädliche Politik dieser Partei so klar hervorgetreten wie durch den Beschluß des Reichsausschusses vom Mittwoch, der unsere Forderungen, das Parlament bis zur Neuwahl arbeitsfähig zu erhalten, glatt ablehnte. Das war nicht mehr das naive Gebaren politischer Kinder, das war bewußte und gewollte Schädigung des Proletariats. Man vergegenwärtige sich folgendes:

Nach jahrelanger Vorarbeit kommt eine Gemeinde reform in zustande, von der das Organ der Deutschnationalen Volkspartei, die Dresdner Nachrichten, mit gutem Grunde behauptet, daß sie der Regierung die Möglichkeit gebe, auch die letzte Staatszelle für ihre sozialistischen und sozialen Ideen auszuwerten. Eine Reform, die tatsächlich das Volk nicht nur an der Gemeindegesetzgebung, sondern auch an einem großen und wichtigen Teil der Verwaltung beteiligt, und deren hoher Wert mit darin besteht, daß allmählich 52 Prozent aller Bürgermeister und Gemeindevorstände in sozialistischem Sinne arbeiten werden.

Wer da weiß, was an Arbeit und Mühe in diesem Gesetz steckt, wer da weiß, mit welchen Mitteln Deutschnationalen und Deutschvolkspartei diese Reform zu hintertrieben versuchen, der wird den ungeheuren Schaden erkennen können, der darin liegt, daß das Gesetz zunächst begraben wird. Denn wenn der Landtag aufgelöst wird, muß die ganze Arbeit von neuem begonnen werden, und es dürfte ein Jahr vergehen, bis wir wieder so weit sind, wie heute.

Da ist das Gesetz für die Beamten zum Schutze der Republik. Keine Partei hat so stürmisch die Demokratisierung der Verwaltung gefordert, wie die kommunistische Partei. Niemand hat in dieser Hinsicht so viel unberechtigte Vorwürfe erhoben als sie. Nun bringt die sächsische Regierung einen Gesetzentwurf ein, der auf Grund des Reichsrahmengesetzes die sächsischen Staatsbeamten zum Schutze der Republik verpflichtet und der die Möglichkeit bietet, alle Beamten, die gegen die Republik arbeiten, aus dem Amte zu enternen. Da sind es ausgerechnet die Kommunisten, die die Annahme dieses Gesetzes verhindern und es durch ihre Zustimmung zur Landtagsauflösung verschulden, daß Monate vergehen, ohne daß der Staat in der Lage ist, gegen die verstockten und offenen Feinde der Republik innerhalb der Beamtenschaft vorzugehen zu können.

Da ist weiter das Gesetz über die Arbeitnehmerkammern, die endlich einmal ein Gegengewicht gegen die Handels- und Gewerbetreibenden bilden sollen. Und wieder sind es die Kommunisten, die die Beratung und Beschlussfassung dieses äußerst wichtigen Gesetzes verhindern.

Die Not und der Hunger pochen an die Türen. Mitleid und Mitleid stehen drohend bevor. Die Auswirkungen des Tiefstandes der Mark wird immer katastrophaler. Die Unternehmer sind nicht mehr in der Lage, Rohstoffe zu kaufen. Viele Betriebe besitzen nicht genügend Geld, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten auszahlen zu können. Die Warenpreise steigen von Tag zu Tag ins Fabelhafte. Größere Arbeitslosigkeit und Betriebsstörungen stehen zu erwarten. Angesichts solcher katastrophalen Wirtschaftslage ist das Zusammenbrechen des Parlamentes, sind gesetzliche Gegenmaßnahmen eine gebieterische Forderung.

Wer das sieht das die Kommunisten! Wägen doch die Arbeiter hungern! Was sich bei ihnen doch die Not doppelt fühlbar machen! Sie glauben, die Früchte einer aus dem Hunger geborenen Stimmung für sich politisch auszuwerten zu können. Es war ein erbarmenswürdiges Spiel, als der Kommunist Menner, um dieses arbeiterschädliche Gebaren zu verschleiern, im Rechtsausschuß erklärte, daß unsere Laubheit und unser Zusammengehen mit den Bürgerlichen eine gründliche proletarische Politik verhindert haben und sie deshalb aendigt seien, und aufzufordern, mit ihnen gemeinsam den Landtag aufzulösen, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen und so in gewaltigem Ansturm das Bürgertum zu überrennen.

Wir wiesen diesen festsamen Vertretern des Proletariats sofort nach, daß gerade diese von den Kommunisten bekämpfte sozialistische Politik, die einmüßig erwählten Gesetze, die Ursache seien, weshalb die Reaktion stürmisch die Auflösung des Landtages fordere. Wir wiesen ihnen nach, daß sie dauernd den Bürgerlichen in die Hände gearbeitet haben. Wir wiesen ihnen nach, daß nur mit ihrer Hilfe die Bürgerlichen ihr Ziel erreichen können. Nicht, daß wir eine Auflösung des Landtages fürchteten oder sie zu verhindern suchten! Nur wollten wir nicht, daß zwischen der Auflösung und dem Wiederzusammentritt des neuen Landtages die so dringend notwendige gesetzgeberische Arbeit für mindestens zwei Monate unterbrochen wird. Wir wollten die Möglichkeit bieten, daß in dieser Zeit die Gesetze, die zum Teil schon durch beraten sind, herabgeschrieben werden, daß der Landtag befristet aufgelöst und

die Regierung in ihren Aktionen in den kommenden Wochen von der Verantwortung des Parlaments mit getragen wird.

Daß Deutschnationalen und Deutschvolkspartei das nicht wollten, sprachen sie offen aus, während die Demokraten die übliche schwankende Haltung einnahmen. Sie waren zwar auch dafür, daß das Parlament eine Kontrolle bis zum Tage der Neuwahl ausübe, glaubten aber, das Parlament zur Strohfigur für die Zeit der Landtagsauflösung bis zur Neuwahl herabwürdigen zu müssen. Sie forderten nämlich, daß in dieser Zeit keine Gesetze verabschiedet und keine neuen geschaffen werden dürften. Das wäre eine Halbheit! Entweder hält man eine Tätigkeit des Parlaments für erforderlich, dann muß ihm auch die Möglichkeit gegeben sein, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen. Aber die Demokraten wollten offenbar nur nach außen ihr demokratisches Herz präsentieren. Sie wagten nicht einmal, ihren Vorschlag zum Antrag zu erheben und damit eine positive Entscheidung herbeizuführen.

Aber schließlich waren die bürgerlichen Herren sich ihrer Koalitionsbrüder von links sicher. Man muß denn auch das Schmeicheln derer um Beutler und Blüher gesehen haben, als ihnen die Kommunisten nach bekannter proletarischer Einheitsfrontstrategie zu Hilfe kamen, unsern Antrag auf befristete Landtagsauflösung niederstimmten und die sofortige Landtagsauflösung beschlossen.

So wird denn am 14. September dieses verräterische Spiel, das lange genug gewährt hat, befristet werden. Wir hoffen, daß es gelingen wird, den Arbeitern zu zeigen, wie sehr sie von den Kommunisten betrogen wurden und ihre Interessen dauernd auf das schwerste geschädigt werden. Die Herren haben tatsächlich die Einheitsfront erreicht, aber eine Sozialismus.

Eine Mahnung der Gewerkschaften

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am Freitag zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung Stellung genommen. Soweit die weitläufigen Pläne der Reichsregierung bekannt sind, werden sie von den Gewerkschaften als vollkommen ungenügend erachtet. Die Spitzenorganisationen haben deshalb in einem Telegramm an den Reichskanzler um sofortige neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gebeten.

Dazu schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst: Die Reichsregierung war, auf dem besten Wege, gegen Teuerung und Hunger vorzugehen. Ihre angelegentlichsten Maßnahmen haben bei den breiten Volksschichten größte Sympathie gefunden, leider aber blieb es bisher nur bei der Ankündigung. Die Verwirklichung einer Verordnung über die Abschätzung der Einfuhr, die übrigens äußerst unzulänglich erscheint, und die Ausarbeitung einer Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrabgaben, von der man sich ebenfalls nicht viel versprechen soll — das sind bis jetzt die einzigen Maßnahmen — können den Hunger des darbenenden Volkes nicht stillen. Wir verlangen vielmehr, daß die Reichsregierung in den letzten Tagen durch die schwebenden Reparationsverhandlungen außerordentlich stark in Anspruch genommen war, aber wie haben kein Verdienst dafür, daß das unbedingt auf Kosten der arbeitenden Schichten geschehen mußte. Inzwischen ist die Not größer geworden. Sie erfordert weitgehende Maßnahmen, als sie bisher von der Regierung geplant waren. Zunächst verlangen wir, daß heber man sofort und eil. um bald die Erhöhung der Anlagepreise, insbesondere auch für das erste Drittel, vornehmen zu können, zunächst einmal für unsere Kohle- und Lohnempfänger gesorgt werden muß, deren Gehälter mit der Bewegung des Dollars nicht fortzuschreiten. Jetzt muß endgültig Klarheit darüber geschaffen werden, ob man in der gegenwärtigen Not den Handel weiterhin frei halten und wahren lassen will und ob ferner weiterhin zugelassen werden soll, wie für den Groß- und Kleinhandel jede Entwertung der Mark für neue Preisfestsetzungen maßgebend ist, während das Sinken des Dollars keine Berücksichtigung findet. Wo bleibt die gesicherte schärfste Anwendung der Wucherergesetze? Wann werden man dem entloren unterworfenen Handel auf dem Produktmarkt durch energische Maßnahmen entgegenzutreten? Wie lange soll sich das Volk das Auktionsunwesen an der Börse noch gefallen lassen?

Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich entschieden zugreift. Das Volk wünscht mehr als lediglich eine Ankündigung von Maßnahmen, die bisher nur auf dem Papier stehen. Hunger tut weh, das möge die Reichsregierung gerade in diesen Tagen nicht vergessen!

Beschränkungen der Einfuhr — Sozialpolitische Maßnahmen

Berlin, 1. September. Um einem weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, verschärfte Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr aller entbehrlichen Waren zu treffen. Zu diesem Zweck hat der Reichswirtschaftsausschuß in der bisherigen Einfuhrfreiheit für Rohstoffe durch Bekanntmachung vom 30. August d. J. mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der Reichsbeschränkungen in Lieferungen auf seinem Gebiete Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vorzunehmen. Gleichzeitig werden die Außenhandels- und andere Bewilligungsstellen angewiesen, für diese Waren und für eine Reihe anderer entbehrlicher, bereits unter Einfuhrverbot stehende Waren bis auf weiteres die Einfuhrbewilligung nicht mehr zu erteilen. Das Einfuhrverbot wird wieder aufgehoben werden können, wenn ein genügender Zollschutz durch Erhöhung der Zölle erreicht ist.

Frankreich verlangt eine Schuldentkonferenz

Der französische Ministerrat hat die Entscheidung der Reparationskommission zur Kenntnis genommen, ohne Widerspruch zu erheben. Der Ministerrat nahm davon Kenntnis, daß Belgien die Frage der Zahlungsweise nach seiner individuellen Auffassung lösen zu sollen glaube. Es wurde bei dieser Gelegenheit jedoch betont, daß der französischen Regierung dieser Fall als Präzedenzfall dienen müsse, um bei etwaigen ähnlichen Anlässen volle Handlungsfreiheit zu besitzen, mit Deutschland gleichfalls direkte Verhandlungen zu führen.

Gleichzeitig stellte der Ministerrat die Note fest, die als Antwort auf die Note Balfours gelten soll. Der Ministerrat verlangt die baldige Einberufung einer Konferenz, auf der die Frage der interalliierten Schulden geregelt werden soll. Auf dieser Konferenz sollen alle interessierten Staaten vertreten sein.

Allseitige Zufriedenheit

Ministerpräsident Poincaré hat den Pressevertretern erklärt, die französische Regierung sei von der Entscheidung der Reparationskommission befriedigt.

Auch in Londoner politischen Kreisen überwiegt die Zufriedenheit über die Entscheidung der Reparationskommission und darüber, daß Poincaré sich nicht völlig unnachgiebig gezeigt hat. Demgegenüber tritt die Bedeutung der Tatsache in den Hintergrund, daß Bradburns Antrag auch bei dem italienischen Delegierten keine Zustimmung gefunden hat.

Das in der Reparationskommission erzielte Kompromiß wird von der englischen Presse als ein Moratorium unter anderem Namen bezeichnet. Die Tatsache, daß die Entscheidung einstimmig erfolgte, wird mit besonderer Genugtuung hervorgehoben.

Die Reichsarbeitsministerien ist eine ganze Reihe von Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage in die Wege geleitet worden. Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Unfallversicherung erhalten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen zu außerordentlichen Kostenträgen. Für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von 1 Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden oder beide zusammen sollen dazu aus eigenen Mitteln mindestens ein Fünftel der aufzubringenden Beträge beisteuern. So daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Linderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner alsbald verwendbar sind.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Herabsetzung der Pflichten für die Bemannung des Grundlohnes vorgesehen. Außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsgrenze und einiger für die Verletzung der Leistungen maßgebenden Beiträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erweitert werden.

Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung kollidierender Kleinrentner sind von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde Mark erhöht worden. Die Teuerungszuschüsse für Kriegsgeldbesitzende und Kriegshinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. August 1922 neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 1. August für den Monat September um durchschnittlich 66% v. H. erhöht. Außerdem soll im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der im September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber den Augustbeträgen insgesamt um rund 140 bis 200 v. H. erhöht sein werden. Die Reichsmittel der sozialen Kriegsgeldbesitzenden und Kriegshinterbliebenen für Folge sind bereits von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde Mark erhöht worden.

Berlin, 1. September. Der Reichswirtschaftsminister äußert sich über die Maßnahmen gegen die Teuerung einem Korrespondenten gegenüber u. a.: Soweit das Reichswirtschaftsministerium zuständig ist, seien die notwendigen Maßnahmen bereits erfolgt. Die Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrabgabe sei ergangen. Auf dem Gebiete der Ernährung seien die Maßnahmen der Getreideumlage zur Entscheidung. Gegen die Schummerei sei ein neues Gesetz ausgearbeitet, das auch Übergang zur Zwangswirtschaft unabweislich sein. Auf finanzpolitischen Gebiete seien bisher noch keine Entscheidungen gefällt. Außer der Dohsenkontrolle brauchen wir noch nicht die Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vorzunehmen. Einem Vertreter des Berl. Tagbl. wurden im Reichs-

Ministerrat am 1. Sept. Tagbl. wurden im Reichs-